

Es gilt das gesprochene Wort

Landtag Mecklenburg-Vorpommern  
Fraktion DIE LINKE

07. – 09. Juli 2010

## **MdL Peter Ritter**

TOP 25

Volksarmee statt Berufsarmee – Wehrfähigkeit unseres Volkes erhalten  
Drucksache 5/3581

Frau Präsidentin,  
meine Damen und Herren,

nun also will die NDP-Fraktion eine Volksarmee.

Neu ist diese Forderung allerdings nicht.

Und: sie ist auch- wie immer- nur die halbe Wahrheit.

In der Debatte zum Antrag meiner Fraktion „Wehrpflicht abschaffen – freiwillig  
Sozialdienste umfassend stärken“ vom November 2009 formulierte der Abgeordnete  
Tino Müller für die NPD-Fraktion:

„Was wir also brauchen, ist eine nationale Volksarmee – oder auch Wehrmacht genannt...“

Müllers ideologischer Ziehvater Pastors formulierte es auf einer früheren Veranstaltung in  
Halbe ähnlich.

Die Bundeswehr solle wieder Wehrmacht heißen, damit auch jeder weiß, was gemeint sei, so  
Pastors sinngemäß.

Wehrmacht also.

Unmittelbar nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 erkannte Hitler die  
Bestimmungen des Versailler Vertrages von 1919,  
der die Stärke der Reichswehr auf 100.000 Berufssoldaten festlegte, nicht mehr als bindend  
an.

Von dieser Politik fasziniert, unterstützte die Reichswehrführung bedingungslos Hitlers  
Politik.

Der Wiederaufstieg zur militärischen Großmacht war zu verlockend.

Als Hitler die Ambitionen von Ernst Röhm, die SA mit staatlichem Waffenmonopol auszustatten durchkreuzte, und die Reichswehr zum einzigen Waffenträger des Reiches erklärte, dankte es Reichswehrminister Blomberg am 2. August 1934 mit der Eidesleistung der Reichswehr auf die Person des „Führers“.

Am 16. März 1935 wurde das Gesetz zum „Aufbau der Wehrmacht“ verkündet, die allgemeine Wehrpflicht wurde eingeführt. Oberster Befehlshaber der Wehrmacht wurde Hitler.

Mit der Namensänderung von Reichswehr in Wehrmacht änderte sich ab 1935 auch offen die während der Weimarer Republik entwickelte Defensivstrategie der Armee.

Der Reichswehrminister wurde Reichskriegsminister.  
Die Reichsmarine wurde in Kriegsmarine umbenannt.

All das deutete bereits auf die Strukturen einer Angriffsarmee und Kriegsvorbereitungen hin, die Hitler ein Jahr später umriss.

In einer geheimen Denkschrift zum Vierjahresplan erklärte Hitler im August 1936, die Wehrmacht müsse „...in vier Jahren einsatzfähig, die deutsche Wirtschaft in vier Jahren kriegsfähig sein...“.

Was dann folgte ist bekannt:  
die Wehrmachtsführung beteiligte sich an den völkerrechtswidrigen Vernichtungskriegen.  
Sie akzeptierte die Ermordung hunderttausender jüdischer Zivilisten.  
Generalfeldmarschall von Reichenau rief in dem nach ihm benannten Befehl 1941 die Soldaten zur „Vernichtung des jüdischen Untermenschentums“ auf.

Es dauerte bis zum 20. Juli 1944, bis sich eine Gruppe von Wehrmachtsoffizieren zum einzig ernsthaften Staatsstreichversuch fand.

Den Männern des 20. Juli 1944 gehört daher Respekt und Würdigung.

Bei der Forderung der NPD nach einer „Volksarmee“ ist dagegen genaues Hinterfragen notwendig.

Pastörs, Müller und Co. wollen - sie sagen es unverblümt - wieder eine Wehrmacht.

Solch einem Wunsch kann und wird der Landtag Mecklenburg-Vorpommern nicht zustimmen.

Und dies aus gutem Grund!

Ein zweiter Grund, der zur Ablehnung des NPD-Antrages führt, ist folgender:  
Die Debatte zur Aussetzung oder Abschaffung der Wehrpflicht, die die NPD mit ihrem Antrag vermeintlich anschieben will, ist längst in Gange.

Ich habe bereits darauf verwiesen, dass sich der Landtag Mecklenburg-Vorpommern mit dieser Thematik bereits im November des letzten Jahres beschäftigt hat.

Eines Anstoßes durch die NPD bedarf es also nicht.

Ich will aber gern noch einmal die grundsätzlichen, durchaus unterschiedlichen Positionen zu dieser Frage skizzieren: Über 300 der Mitglieder des Deutschen Bundestages haben sich, als sie noch Kandidatinnen bzw. Kandidaten zur Bundestagswahl waren, für eine Abschaffung bzw. Aussetzung der Wehrpflicht ausgesprochen.

Bei einer Podiumsdiskussion des Deutschen Bundesjugendringes am 13. Mai 2009 äußerten sich Vertreter der Bundestagsfraktionen wie folgt:

Winfried Nachtwei (B90/Die Grünen):

„Wir brauchen die Wehrpflicht nicht mehr.“

Paul Schäfer (DIE LINKE) verwies auf das Konzept meiner Partei für eine 100.000 Soldaten starke Freiwilligenarmee und meinte mit Hinblick auf die Konsequenzen für den Zivildienst: „Natürlich muss das Geld umgeschichtet werden, zugunsten regulärer und vernünftig bezahlter Arbeitsplätze im Bereich Gesundheit und Pflege.“

Rainer Arnold (SPD) sprach sich für einen freiwilligen Dienst aus.

Birgit Homburger (FDP) forderte die Aussetzung, nicht die Abschaffung der Wehrpflicht.

Ihr Argument: Der Unterschied besteht darin: Abschaffung bedeutet Grundgesetzänderung, Aussetzung ein einfaches Gesetz.

Ernst-Reinhard Beck warb für die CDU/CSU für den Erhalt der Wehrpflicht und meinte: „...das die Abschaffung der Wehrpflicht die Bundeswehr dümmere, ältere und teurer machen wird...“

Die demokratischen Parteien in der Bundesrepublik sind also im Diskurs.

Jüngste Änderungen bei der Dauer der Wehrpflicht und des Zivildienstes beschlossen und umgesetzt.

Weitere werden folgen.

Meine Damen und Herren,

gestatten sie mir zum Schluss, wie schon im November 2009, einen Hinweis auf einen aus meiner Sicht nicht unwichtigen Fakt.

In einer Petition an den Deutschen Bundestag zur Abschaffung der Wehrpflicht heißt es:

„Demokratie erfordert Freiwilligkeit, keine Pflicht! Freiwilliges Engagement fördert das Demokratieverständnis und ermöglicht gesellschaftliche Teilhabe.“

Für die NPD jedoch sind Werte wie Demokratie, gesellschaftliche Teilhabe und freiwilliges Engagement Fremdworte.

Wieder hat die NPD-Fraktion versucht,

ihr eigentliches Anliegen, ihren eigentlichen Politikansatz in einem Antrag zu verschleiern.

Wieder wird die NPD-Fraktion aber damit scheitern.

Die demokratischen Fraktionen lehnen den Antrag ab.